USA

Fundamentaler Konflikt

Mitt Romney, der republikanische Herausforderer im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, steht vor einer ungleich schwierigeren Aufgabe als seine Vorgänger: Gaben Republikaner bislang meist während des Hauptwahlkampfs radikale Positionen aus dem Vorwahlkampf auf, um die entscheidenden Stimmen in der politischen Mitte zu gewinnen, könnte er damit diesmal republikanische Stammwähler verlieren. Umfragen aus den letzten Wochen zeigen, dass deren stramm konservatives Weltbild sich in den vergangenen Jahren verfestigt hat: Fast zwei Drittel aller Republikaner sind davon überzeugt, dass sich der Westen und die islamische Welt „in einem fundamentalen Konflikt befinden, in dem nur eine Seite gewinnen kann“. Dagegen glauben 68 Prozent der Demokraten, dass eine friedliche Koexistenz möglich ist. Die einst unbedeutenden ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien sind schärfer denn je. Nur noch eine Minderheit der Republikaner, 40 Prozent, sieht es als Aufgabe des Staates an, „für Menschen zu sorgen, die sich nicht selbst helfen können“. Auch durch überprüfbare Fakten lassen sich wahre Republikaner nicht von ihren Überzeugungen abhalten: Fast 56 Prozent glauben, dass Präsident Barack Obama kein gebürtiger Amerikaner ist. 34 Prozent der Republikaner meinen, er müsse ein Muslim sein. Sechs von zehn Republikanern halten den Glaubenssatz für wahr, Gott habe „den Menschen in seiner heutigen Form in den vergangenen 10 000 Jahren erschaffen“.

DAVID HUME KENNERLY / DER SPIEGEL

Republikaner bei Romney-Besuch in New Hampshire

GEORGIEN

Frühe Warnung

Die georgische Regierung weiß seit Monaten, dass Wärter in Gefängnissen des Landes Häftlinge misshandelten. Videos mit Folter- und Vergewaltigungsszenen lösten in der vergangenen Woche Massenproteste aus. Dabei hatte schon im März ein Bericht des Ombudsmannes der Regierung „unerträgliche Zustände“ geschildert. Häftlinge klagten über „systematische Schläge“ und Prügel mit dem Gummiknüppel. „Beleidigung, Brutalität und Erniedrigung“ seien an der Tagesordnung, heißt es in dem 244-Seiten-Bericht von Giorgi Tuguschi, damals als Ombudsmann oberster Menschenrechtler.

Inzwischen ist Tuguschi zum Minister für das Gefängniswesen befördert und zur Beseitigung der Missstände verpflichtet worden. Tuguschi, der dem SPIEGEL noch Mitte September von leichten „Verbesserungen in Sachen Folter und Haftbedingungen“ berichtete, lernt im Ministeramt nun die Realpolitik kennen: Während ihn vorige Woche noch neue Berichte über Selbstmordversuche betroffener Häftlinge und über neue Foltervideos erreichten, sprach sein Präsident Micheil Saakaschwili vor den Vereinten Nationen in New York bereits davon, dass das Problem gelöst und „die Verantwortlichen verhaftet“ seien.

YOUTUBE

Szene aus georgischem Foltervideo

BRASILIEN

Milliarden für Afrika

Im Wettkampf der Industrieländer um Macht und Einfluss in Afrika holt Brasilien auf: Die Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff will in diesem Jahr in Malawi die 37. Auslandsvertretung in Afrika eröffnen; damit ist Brasilien in mehr afrikanischen Ländern vertreten als Großbritannien. Gleichzeitig investieren brasilianische Firmen vor allem in den portugiesischsprachigen Ländern. Das Handelsvolumen zwischen Brasilien und Afrika ist von 2002 bis 2011 von 4,3 Milliarden Dollar auf 27,6 Milliarden Dollar gestiegen. Im Ölstaat Angola haben brasilianische Marketingexperten dem Anfang September wiedergewählten Präsidenten José dos Santos zum Sieg verholfen, der brasilianische Baukonzern Odebrecht verdiente Milliarden durch Infrastrukturprojekte. In Mosambik baute die brasilianische Regierung eine Fabrik zur Herstellung von Anti-Aids-Medikamenten mit auf, Kenia hat sie einen Kredit in Höhe von 150 Millionen Dollar zum Ausbau des Straßennetzes gewährt. Brasílias politische Initiative zielt – anders als die meisten Projekte der Chinesen – nicht auf Rohstoffe, von denen Brasilien selbst genug hat. Die Südamerikaner streben einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat an und suchen dafür die Unterstützung der afrikanischen Länder. Zugleich nutzen sie das schlechte Image der alten Großmächte, um ihr Einflussgebiet zu erweitern.

ROBERTO STUCKERT FILHO / PR

Rousseff in Angola